



## Aus dem Rathaus

Medebach erweist sich seit über einem Jahr als umfangreiche Baustelle. So wird es leider auch noch einige Zeit bleiben, vor allem, bis alle Straßen ausgebaut sind. Den Nachholbedarf zu befriedigen, braucht es Zeit, und es ist sicher besser, vorübergehend die damit verbundenen Unannehmlichkeiten zu ertragen, als auf Dauer die schlechten Straßen.

Daß die betroffenen Bürger als Anlieger einer auszubauenden Straße nicht immer ganz glücklich sind und auch die auf sie zukommenden finanziellen Ausgaben als Beitragspflichtige scheuen, ist nur zu verständlich. Deshalb haben Anlieger wiederholt, zuletzt die der Bahnhofstraße, versucht, von diesen Kosten, ganz oder teilweise herunterzukommen. Würde die Stadt dem folgen, müßte sie selbst die weiteren, von den Anliegern nicht aufgetragenen Kosten tragen.

Das würde aber bedeuten, daß entweder andere Vorhaben der Stadt, z. B. der Bau einer Dreifachturnhalle, einer Kläranlage in der Grafschaft oder die Erneuerung der Wasserversorgung nicht weitergetrieben oder jedenfalls nur schleichend verwirklicht würden oder der Straßenbau gestreckt würde. Die Baustelle Medebach würde damit uns allen noch viele weitere Jahre erhalten bleiben. Denn die Finanzkraft der Stadt reicht nicht aus, dies alles allein auf einmal durchzuführen.

Dies sollten die Bürger bedenken, wenn sie den doch auch ihnen selbst zugute kommenden Straßenausbau im wesentlichen nur durch die Stadt finanzieren lassen wollen. Leidtragende wären dann alle.

Außerdem ist ja berücksichtigt, inwieweit noch andere als die Anlieger einen Vorteil vom Ausbau haben. So liegt der von den Anliegern aufzubringende Anteil an den Kosten bei Fahrbahnen der Anliegerstraßen bei 50%, bei Haupterschließungsstraßen nur bei 30% und bei Hauptverkehrsstraßen sogar nur bei 10%. Für die Gehwege, die in erster Linie den direkten Anliegern zugute kommen, liegen die Sätze entsprechend bei 60%, 50% und 50%. Dies zeigt, daß die Stadt sowieso einen erheblichen Teil aller Kosten aufzubringen hat. Unter diesen Umständen hoffen wir zuversichtlich, daß die Anlieger der einzelnen Straßen Verständnis dafür aufbringen werden, wenn im Einzelfall von ihrer Heranziehung keine Ausnahme gemacht werden kann. Denn was den Anliegern der Bahnhofstraße recht wäre, müßte denen der nächsten auszubauenden Straße billig sein.

## „Ruf doch mal an“

SPD bemüht sich verstärkt um Lösung kommunaler Probleme

## Kurz notiert

**Wartehallen:** Die Verkehrsbetriebe gewähren jährlich Zuschüsse zur Aufstellung von Wartehallen an den Bushaltestellen. Besonders dringlich wäre ein solcher Schutz an der freiliegenden Haltestelle Oberstraße/Küstelbergerstraße, wo es keinerlei Unterstellmöglichkeiten gibt. Die Stadt hat es jedoch leider versäumt, die nötigen Anträge zu stellen. Die Zuschüsse für 1978 hat sie daher verfallen lassen.

**Brüggerweg:** Zwar wollen die Winterberger sich aus unbegrifflichen Gründen nicht recht an der Aufstellung eines gemeinsamen Flächennutzungsplans für den ehemaligen Südkreis Brilon beteiligen. Wie sich inzwischen jedoch herausgestellt hat, ist für die Kernstadt Medebach noch der alte Flächennutzungsplan gültig. Dadurch eröffnet sich vielleicht die Aussicht, daß wenigstens hier Bebauungspläne, vor allem der Plan Brüggerweg, genehmigt werden. Solange jedoch die Winterberger im übrigen nicht voll mitmachen, wird es auf den Ortschaften nicht vorangehen.

**Jugendzentrum:** Es ist immer wieder beklagt worden, daß die Jugendarbeit in Medebach brachliegt. Wir haben 1976/77 für den Zuschuß zur Renovierung des Kolpinghauses gestimmt, obwohl dort eine gewisse einseitige Auswahl unter den Jugendlichen getroffen wird, die betreut werden. Unsere Zustimmung haben wir damals aber davon abhängig gemacht, daß die Stadt untersucht, welche Möglichkeiten zur Errichtung eines Jugendzentrums sich bieten. Gedacht war im Zusammenhang mit dem Neubau des Gymnasiums an eine entsprechende Verwendung der ehemaligen evangelischen Schule.

Bürgermeister Langen hat uns schriftlich die Zusage gegeben, sich hierum zu kümmern. Bis heute ist aber noch nichts geschehen. Im Interesse unserer Jugendlichen, die sich nicht auf Diskothek und Gaststätten allein verwiesen sehen sollen, mahnen wir, endlich das Problem anzupacken und sich Gedanken zu machen, was unternommen werden kann.

## Aufgespießt

Ein Schildbürgerstreich: Die einzelnen Türen der Tennisplätze sind mit unterschiedlichen Schlössern versehen worden. Folge: Die Kosten für die Schlüssel belaufen sich auf insgesamt ca. 2.500,— DM; die Benutzer der Plätze schleppten 4 Schlüssel mit sich, die sie mit 25,— DM bezahlen mußten. Wir haben uns erkundigt, ob dies nicht hätte billiger gemacht werden können. Die Auskunft lautete: man hätte für die ca. 100 Mitglieder nur je 1 Schlüssel gebraucht, der alle 4 Schlösser geöffnet hätte. Das hätte ca. 300,— DM und pro Mann 3,— DM statt 25,— DM gekostet. Die Schlösser selbst wären dadurch auch nicht teurer geworden.

## Unsere Meinung

Der gemeinsame Flächennutzungsplan der Städte Hallenberg, Winterberg und Medebach ist ins Gerede gekommen, weil die Winterberger sich zieren. Dabei hätten allein sie davon einen Vorteil. Medebach und Hallenberg haben ihre Teilpläne bereits fertig. Problematisch ist aber, daß der gemeinsame Plan auch nur durch gemeinsamen Beschluß aller Stadtvertretungen wieder geändert werden könnte. Warten wir nun auf Winterberg, so bekommen wir den Plan frühestens in 3 Jahren rechtskräftig. So lang bekommen wir in unseren Ortschaften einen Bebauungsplan nicht genehmigt. Nun hat der Oberkreisdirektor vorgeschlagen, die Städte sollten sich von vornherein verpflichten, den gemeinsamen Plan 1985 wieder aufzuheben. Gleichzeitig sollten sie jede für sich einen neuen Plan aufstellen.

Wozu dann überhaupt diesen gemeinsamen Plan? Soweit der Kreis sich an seinen Kosten beteiligen will, bringt uns dies wenig, da wir auch von der Regierung Geld bekommen, zum anderen den neuen Plan sowieso vom Kreis nicht finanziert erhalten. Uns scheint der Vorschlag des Kreises auf Unsinn hinauszulaufen: rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Machen wir besser unseren eigenen Plan ohne Beteiligung von Winterberg. Selbst wenn uns das etwas kosten sollte, so brauchen wir nicht schon 1985 einen neuen aufzustellen, vor allem aber bekommen wir ihn schneller rechtskräftig und könnten auch in den Ortschaften die Voraussetzungen für neues Bauen, nämlich Bebauungspläne schaffen.

Nach Stadtdirektor Hausmann können Beamte immer nur das aus dem Gesetz herauslesen, was drin steht.

Wenn dies richtig wäre: es wäre zu schön, um wahr zu sein! Uns scheint die bürokratische Lesebrille den Sinn so manchen Gesetzes aus einer derart verzerrten Perspektive zu sehen, daß auch gutwilligen Bürgern das Verständnis für bürokratische Auslegungen abhandeln kommt muß.

Ein neueres Beispiel bietet die Verordnung der Innenminister, die angeblich das Baugenehmigungsverfahren vereinfachen soll. Abgesehen davon, daß dies nur in eingeschränktem Maß gestattet wird, zeitigt die Verwaltungspraxis in Umgang mit dieser VO ganz abstruse Ergebnisse:

Wollten Sie früher eine Garage bauen, mußten Sie einen Lageplan einreichen. Den konnten Sie sich vom Nachbarn holen und fotokopieren oder beim Katasteramt bestellen. Beim Amt dauerte das ein oder zwei Wochen und kostete ca. 100,— DM. Nach der „Vereinfachung“ brauchen Sie aber einen beglaubigten Lageplan. Dafür verlangt das Katasteramt unseres Hochsauerlandkreises von Ihnen 1.000,— DM. Außerdem laßt es Sie ca. 4 Monate auf die Übersendung des Planes warten.

Uns scheint, Beamte lesen manches in Gesetz hinein, was gar nicht drin steht, und wundern sich dann darüber, wenn ihnen Bürgerfeindlichkeit vorgeworfen wird. Wir meinen, der Landtag sollte lieber in den nächsten 10 Jahren jährlich 5% aller Stellen in den Ministerien streichen. Dann brauchen die Herren Bürokraten ihre Daseinsberechtigung nicht mehr mit der Fabrikation von Dummheiten unter Beweis zu stellen.

## Zitate

Der CDU-Fraktionsvorsitzende hat im Stadtrat stolz erklärt, er sei so mutig, öffentlich für die Erhöhung der Mehrwertsteuer einzutreten. Allerdings meinte er die Hundesteuer. Und privat räumte er ein, dieser Mut sei ihm erst gekommen als seinem Nachbarn der Hund gestorben sei. Denn mit dem Nachbarn habe er sich schließlich keinen Ärger einhandeln wollen.

Rudolf Schöfberger, SPD-Bundestagsabgeordneter wurde von der „Bild“-Zeitung um seinen Lieblingswitz gebeten. Schöfbergers „Witz“: Die BILD-Zeitung die anspruchsvollste und fairste Zeitung in ganz Europa.



# INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

## MÜLL

Im vergangenen Jahr sind viele Gebühren in Medebach erhöht worden. Die Bürger werden immer kräftiger zur Kasse gebeten (Wassergeld, Hundesteuer, Müllabfuhr). Das läßt sich leider nicht immer vermeiden. Kanalisation und Kläranlage müssen nun mal bezahlt werden. In anderen Fällen, z. B. bei der Müllabfuhr, muß aber kritischer als bisher untersucht werden, ob die Belastung der Bürger nicht niedriger gehalten werden kann. Es reicht nicht aus, wie die CDU immer nur laut zu klagen, daß die Gebühren ansteigen, und dann aus ideologischer Voreingenommenheit dem als Privatunternehmen angeblich sowieso billigeren Unternehmen Stratmann den Auftrag zuzuschauen, das hier eine monopolartige Stellung hält.

Die SPD hat dies vor 3 Jahren nicht mitgemacht, sie wird sich auch in Zukunft dagegen wehren, daß ohne Auslotung aller Verbilligungsmöglichkeiten auf Kosten des Bürgers Geschäfte gemacht werden können. Weder darf eine Ausschreibung so schludrig und undifferenziert erfolgen, wie dies bei der Kläranlage geschehen ist. Dort hat man sich nicht einmal die Mühe gemacht, alle Gewerke einzeln auszuschreiben. Noch dürfte ohne eine Ausschreibung überhaupt die Müllabfuhr freihändig vergeben werden wie früher.

Im November 76 hat der Stadtrat einer Vergabe der Müllabfuhr an die Fa. Stratmann zugestimmt, weil die Stadt durch alte Verträge noch bis 1979 gebunden war. Schon damals hat die SPD erhebliche Bedenken angemeldet, ob Stratmann nicht einen zu hohen Preis fordere, der die Bürger unnötig belastet. Auf ihren Antrag ist daher beschlossen worden, den Vertrag bis Ende 79 zu befristen und dann die Müllabfuhr öffentlich auszuschreiben.

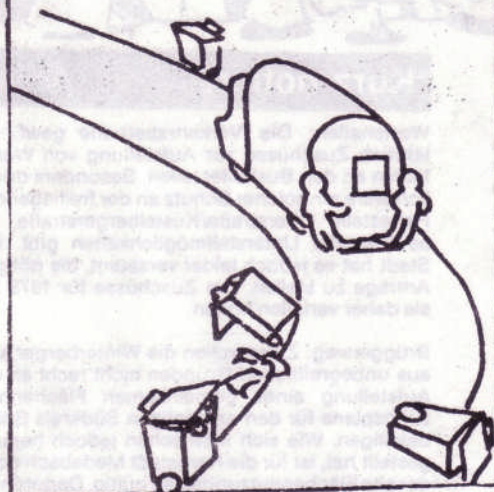
Auf diese Ausschreibung warten wir jetzt. Ein niedriger Unternehmer kann sich nur beteiligen, wenn er eine entsprechende Anlaufzeit zur Vorbereitung hat.

Konkurrenz belebt nicht nur das Geschäft, sie dämmt auch unangemessen hohe Müllgebühren ein. Vielleicht trägt sie auch dazu bei, die Fa. Stratmann einmal auf ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bürger hinzuweisen. Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, sie leere die Müllgefäße nur gnadeweise (und manchmal unterläßt sie dies auch, wenn die Mülltonne 2 m zu weit weg steht).

Übrigens hat Stratmann die Kosten der Tonnen durch die Vermietung vermutlich bereits hereinbekommen und verdient an den weiteren im Müllpreis enthaltenen Mietgebühren einen erkläckerlichen Batzen Geld. Die SPD glaubt deshalb, daß auch dieser Mietvertrag gekündigt werden sollte. Wenn die Bürger die Müllgefäße selbst kaufen, kommen sie auf die Dauer billiger davon. Denn die Gefäße halten sicherlich nicht nur 4 oder 5 Jahre. Darüberhinaus würden sie wohl im wesentlichen in Medebacher Geschäften gekauft. Auch dies wäre ein, wenn auch nur kleiner, Beitrag zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und einer Stärkung der Stadtfinanzen über die Gewerbesteuer.

Impressum:  
 Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach  
 Redaktion: Jürgen Reinold, Auf der Bleiche 31  
 5788 Medebach  
 Satz: Krilling-Druck, Druck: Eigendruck

## DIE MÜLLABFUHR WAR DA



Außerdem fordern wir die Stadt auf zu prüfen, ob sie die Müllabfuhr nicht selbst übernehmen kann. Sie würde im Gegensatz zum Privatunternehmer keinen Gewinn machen. Es ist nicht einzusehen, warum die Bürger angesichts der in allen Bereichen ansteigenden Höhe der Gebühren nicht eine etwa mögliche Erleichterung bei der Müllabfuhr erfahren sollten.

Es kann doch nur darauf ankommen, wie der Müll am preiswertesten beseitigt werden kann. Danach entscheidet sich, ob ein Privatunternehmen oder die Stadt selbst die Müllabfuhr betreibt. Natürlich ist sicherzustellen, daß sowohl Privatunternehmen der Stadt reelle Preise in der Ausschreibung ansetzen. Deshalb sollte das neutrale Gemeindeprüfungsamt beauftragt werden, die Ausschreibung zu überprüfen, bevor der Zuschlag erteilt wird. So hat es der Kreis bei der Deponie Halbeswig gemacht, so sollte auch die Stadt Medebach verfahren.

PS: Wer Beschwerden wegen der Müllabfuhr hat, sollte dies sofort entweder der Stadt oder uns mitteilen!

## die Information

### Straßenbau

Medebach wird doch länger, als erst vorgesehen, Baustelle mit den Durchgangsstraßen sein. Nach Rücksprache mit dem Landesstraßenbauamt (Baudirektor Spickenbom) wird als erstes die Oester/Korbacher Straße in Angriff genommen und soll auch, je nach Wetterlage, fertiggestellt werden; Ausführung durch Gebr. Schmiedelei. Bei der Nieder/Hallenberger Straße, muß die Stadt, d. h. das planende Ing.-Büro Goldbeck, Meschede, erst die endgültige Planung vorlegen. Hier ergeben sich mehr Schwierigkeiten (Hausabbrüche usw.); wahrscheinlich ein Planfeststellungsverfahren. Der Schloßberg, die Straße nach Küstelberg, ist in der Planung. Hier soll eventuell auch noch in diesem Jahr begonnen werden.

## Bericht aus Bonn

MdB Franz Müntefering, Sundern informiert

SPD gemeindefreundlich!

Wir Sozialdemokraten haben das Jahr 1979 mit Gelassenheit und Zuversicht beginnen können. Nicht, daß alles gelungen wäre und Anlaß bestünde zu Selbstgerechtigkeit. Aber Helmut Schmidt's Kompetenz als Bundeskanzler ist unbestritten und Johannes Rau hat in Düsseldorf den Generationenwechsel mit Umsicht vollzogen. Die SPD setzt sich durch.

Ich will einen Punkt herausgreifen, der das wieder einmal beweist. In Bonn und Düsseldorf sind Beschlüsse gefaßt worden — teils gegen den einhaltenden Widerstand von CDU/CSU —, die insgesamt die Finanzen der Gemeinden deutlich verbessern.

Für Medebach bringt das im Jahre 1979 brutto 55.000 DM aus der Investitionspauschale und rund 30.000 DM durch den veränderten Schlüssel, nach dem der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer errechnet wird. Außerdem ist der Hauptansatz im Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden unter 10.000 Einwohnern verändert, was auch einige 10.000 DM mehr bringt.

1980 wird Medebach durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage von 120 auf 80 und den erhöhten Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 14 auf 15% brutto etwa 360.000 DM mehr bekommen an Einnahmen.

Die Erhöhung der Gewerbesteuerfreibeträge, die Mehrwertsteuer und die Änderungen der Einkommensteuer und Lohnsteuer bringen geringe Einnahmehinzu. Unter dem Strich bleibt aber ein dickes Plus.

CDU/CSU dagegen forderten in Bonn außerdem die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen. Die Abschaffung der Gewerbesteuer hätte die Gemeinden über 2 Milliarden DM gekostet und wäre vor allem der Großindustrie zugute gekommen. Die unsozialen Kinderfreibeträge begünstigen die Gutverdienenden. Die CDU/CSU will das ausdrücklich; F.-J. Strauß sagt dazu öffentlich: „Dies ist notwendig, da die Unterhaltungsansprüche des Kindes mit steigendem Einkommen der Eltern wachsen.“

Gemeindefreundlich? Familienfreundlich? Wir lassen uns nicht beirren. Die SPD setzt sich auch 1979 durch.

## Wußten Sie schon...

### RP kommt nach Medebach

Ist der ländliche Raum Stiefkind der Landesregierung?

Zu diesem Thema spricht Regierungspräsident Richard Grünschlager, Arnsberg, am Montag dem 12. Februar, um 19.30 Uhr in Medebach Sportheim, in einer öffentlichen Versammlung. Besondere Fragen sind:

1. Flächennutzungsplan — Bebauungspläne
  2. Bauen in den Ortsteilen
  3. Bekommen wir noch einmal 80% Zuschuß ein Freibad
- Stellen Sie weitere Fragen. Alle Bürger sind herzlich eingeladen.